Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21.
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 48. **Freitag** den 17. Februar 1882. **76. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Vermiethung in der Fleischhalle am Plauen'schen Platze.

Die **zum 28. ds. Mts. miethfrei** werdende **Abtheilung Nr. 23** der **obigen Fleischhalle** soll von da ab **gegen einmonatliche Kündigung**
Sonnabend, den 25. ds. Mts.,
Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, im Versteigerungswege **anderweit** an den **Meistbietenden** vermiethet werden.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 13. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr Tröndlin. Stdtg.

Bekanntmachung.

Laut Bekanntmachung vom 11. April vorigen Jahres hat ein unbekannter junger Mann am 7. April vor. Jahres
ein Klümpchen eingeschmolzenes Gold
im ungefähren Werthe von 15 ℳ
einem hiesigen Goldarbeiter zum Kaufe angeboten, dann aber dasselbe bei dem Goldarbeiter zurückgelassen und ist es nicht gelungen, diesen jungen Mann, der das Gold schwerlich auf redliche Weise erworben haben dürfte, oder den Eigenthümer des Goldes zu ermitteln.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß über das Gold, falls sich der Eigenthümer desselben nicht binnen Jahresfrist meldet, den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, am 14. Februar 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Richter. Ruelfchr.

Bekanntmachung.

Bei einer vorgestern in Polizeihaft gekommenen Mannsperson ist **ein kleines Geldtäschchen mit Stahlbügel und ein Fünftel Originalloos** III. Classe Nr. 15447 der 101. Landeslotterie in Beschlag genommen worden und es bekundet der Betreffende, daß er das Geldtäschchen mit dem Loose in hiesiger Stadt gefunden habe.

Der Eigenthümer des Looses wird ersucht, sich ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zu melden.

Leipzig, am 15. Februar 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Richter. Ruelfchr.

Gewerbekammer zu Leipzig.

Montag, d. 20. d. M., Nachmittags 5 Uhr
öffentliche Plenarsitzung im Kammerlocale.
Tagesordnung:

1. Registranden-Vortrag.
2. Bericht über die Jahresrechnung von 1881.
3. Haushaltplan für 1882.
4. Wahl der ständigen Ausschüsse
5. Ausschußgutachten, die Rabatt-Spar-Anstalt betreffend.
6. Bericht über die Sitzungen des Eisenbahnrathes in Dresden.

Leipzig, den 17. Februar 1882.

W. Haeckel, Vors. Herzog, S.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Naturalienbedarfs des Garnisonlazareths Leipzig vom 1. April 1882 bis Ende März 1883 soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Der ungefähre Bedarf beträgt nach Centnern: Roggenbrod 250, Semmel 30, Bohnen, Erbsen, Linsen je 12, Nudeln, Graupchen, Reis je 10, Hirse 15, Weizengries 7, Grützen (Buchweizen-, Gersten-, Hafer-) je 8, Roggenmehl 18, Speisesalz 16, Rindfleisch 110, Hammel- und Schweinefleisch je 15, sowie etwas Kalbfleisch und Schinken, ferner: 120 hl Braunbier und 2000 Port. echt bairisch Bier à 0,45 l.

Unternehmer wollen die Bedingungen hier einsehen und unterzeichnen und dann Angebote versiegelt mit der Aufschrift „Naturalien-Lieferung" bis 20. Februar 1882 früh 11 Uhr portofrei anher einsenden.

Leipzig, 12. Februar 1882.

Königliches Garnison-Lazareth.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 17. Februar 1882.

Wenn auch die Wünsche der Elsaß-Lothringer in Bezug auf den weiteren Ausbau ihrer Landesverfassung nach der wahrhaft constitutionellen Richtung hin auf keine Erfüllung, wenigstens in der nächsten Zeit, zu rechnen haben, so scheint sich doch eine Besserung in der Verwaltungsrechtspflege der Reichslande anzubahnen. Bisher gab es in beiden Instanzen keine selbständigen Verwaltungsgerichte. Die Functionen des Bezirksrathes in erster Instanz und die des kaiserlichen Rathes in der Berufungsinstanz wurden von Räthen versehen, die active Verwaltungsbeamte und somit meistens in der Lage waren, in ihrer eigenen Sache Richter zu sein. So viel muß man den beschwerdeführenden Elsässern zugeben: Wie unparteiisch diese Beamten auch persönlich sein mögen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß derartige Einrichtungen nicht die erforderlichen Garantien darbieten, die man von jedem Gerichte erwarten darf. Eine Anzahl von Mitgliedern des Landesausschusses, unter ihnen die Reichstagsabgg. Goldenberg, Winterer und Baron Zorn v. Bulach, haben nun den Vorschlag gemacht, die beiden bisher existirenden Behörden des kaiserlichen Raths und des Staatsraths zu einer einzigen Körperschaft zu verschmelzen und die Befugnisse derselben zu erweitern, daß sie einerseits ein wirklicher Staatsrath würde, der als berathende Körperschaft bei der Berathung aller Gesetzentwürfe und Verordnungen der Regierung zur Seite stände und andererseits die höchste Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit wäre. Für Preußen hat dieser elsässische Oberverwaltungsgerichtshof ein besonderes Interesse, weil er nach den Vorschlägen der Antragsteller sowohl als Gerichtshof zur Entscheidung der Competenzconflicte, wie das seit Einführung der neuen Gerichtsverfassung in Preußen der Fall, als auch an Stelle des kirchlichen Gerichtsbefes bei Recursen wegen Mißbrauchs der geistlichen Amtsgewalt fungiren soll, wie das jetzt zur Beilegung des kirchenpolitischen Kampfes vorgeschlagen wird. Die neue Behörde soll aus einem Präsidenten und fünf Räthen bestehen, die keine anderen Functionen im Staatsdienst ausüben und von denen zwei durch den Landesausschuß gewählt werden sollen. Es ist bezeichnend, daß das amtliche Blatt der Regierung der Reichslande dem Vorschlage nichts Anderes entgegenzuhalten weiß, als daß es für die fünf Mitglieder dieses neuen Staatsraths doch kaum ausführbar sein dürfte, das ihnen zugedachte Arbeitspensum zu erledigen, und ferner, daß der Vorschlag außer im Wege der Reichsgesetzgebung nicht Gesetzeskraft erlangen könne. Soweit hierbei die Mitwirkung des Reichstags in Betracht kommt, läßt sich schon jetzt mit Bestimmtheit voraussagen, daß eine aus den Ultramontanen und wahrscheinlich der ganzen Linken zusammengesetzte große Majorität desselben unbedenklich einen entsprechenden Gesetzentwurf ihre Zustimmung ertheilen würde.

In der unter dem Vorsitze des Staatsministers von Wächter am 14. Februar abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden zunächst die von Oldenburg und von dem Stellvertreter des Reichskanzlers zu dem Gesetzentwurfe betreffend die Reichskriegshäfen vorliegenden Denkschriften den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen. Ein Ausschußantrag in Betreff der Abfertigung des mit dem Anspruch auf Steuervergütung ausgehenden Bieres fand die Zustimmung der Versammlung. Eine Eingabe wegen Aufnahme der Dögrassfabriken in das Verzeichniß der nach der Gewerbeordnung genehmigungspflichtigen Anlagen wurde dem Herrn Reichskanzler mit dem Ersuchen um Herbeiführung vorgängiger Erhebungen überwiesen. Ein Gesuch betreffend die Zolltarifirung von Sternanis, sowie ein gegen verfügte Versetzung in den Ruhestand erhobenes Recursgesuch wurden zurückgewiesen. Den Beschluß des Reichstags wegen Herbeiführung einer durchgreifenderen Ermäßigung der Gerichtsgebühren überwies die Versammlung dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung. Auch ertheilte dieselbe zu einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Beleidigung des Bundesraths die Ermächtigung. Schließlich wurden einige Eingaben den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Die halbamtliche „Prov.-Corresp" schließt einen Artikel über „die katholische Kirche und ihre Freunde", der nur die oft dagewesenen gouvernementalen Gründe für die „discretionären Befugnisse" wiederholt, mit den Worten: „Die Hoffnung, daß die wahren Freunde der Kirche diesen Erwägungen zugänglich sein und die Friedensbemühungen nicht durch Mißtrauen vereitelt werden, darf nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen im Abgeordnetenhause noch nicht als ausgeschlossen gelten." — Auswärtigen Blättern wird officiös aus Berlin telegraphirt: „Der Bundesrath beschloß, die Eingabe der mecklenburgischen kirchlichen Conferenz wegen Beseitigung der obligatorischen Civilehe ablehnend zu bescheiden. — Den Beschlüsse des Reichstags wegen Ermäßigung der Gerichtsgebühren soll zur Zeit keine Folge gegeben werden." — Wie weiter gemeldet wird, ist es beschlossene Sache, den preußischen Volkswirthschafts-Rath am 28. Februar zu berufen. Demselben wird hauptsächlich das umgearbeitete Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Gesetz, vielleicht auch die Subhastationsordnung vorgelegt werden.

Das conservativ-klerikal-polnische Bündniß in der Kirchencommission des preußischen Abgeordnetenhauses befestigt sich immer mehr. Was bisher Positives in dieser Commission geleistet worden, ist durch jene Mehrheit zu Stande gekommen, und nur auf dem Zusammenhalten dieser Majorität beruht die Hoffnung, daß die Verhandlungen schließlich nicht mit einer vollständigen Ablehnung endigen. Die Mehrheit von 11 gegen 10 hat den Bischofsparagraphen in etwas veränderter Gestalt angenommen; sie hat, trotz des entschiedensten Protestes des Centrums gegen discretionaire Vollmachten, diese Vollmachten bezüglich der Entbindung von Vorschriften über die Vorbildung der Geistlichen acceptirt und das sogenannte Culturexamen abgeschafft; sie hat das Institut der Staatspfarrer beseitigt, und wo sie versagte, wie bei den Artikeln über Wiederherstellung der erloschenen Paragraphen des Juligesetzes oder über die neue Regelung des Einspruchsrechts, da kam überhaupt nichts zu Stande. Die Conservativen sowohl als das Centrum haben sich freilich dagegen verwahrt, als ob ihr Votum in erster Lesung der Commission für die weiteren Entschließungen irgend ein Präjudiz enthalte. Die ganze Commissionsberathung, wenigstens die erste Lesung, hat den Charakter einer bloßen Recognoscirung mit allseitigem Vorbehalt der späteren entscheidenden strategischen Dispositionen. Ein zuverlässiges Urtheil über das, was zu erwarten ist, wird durch die überaus reservirte Haltung der Regierung erschwert, die wieder auf die Haltung der conservativen Parteien von sichtlichem Einfluß ist. Indessen sind die Aussichten, daß unter den Mehrheitsparteien ein Boden der Verständigung gewonnen wird, ohne Zweifel in den letzten Tagen wieder besser geworden.

Der dem preußischen Abgeordnetenhause vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine dem Herzoglich Glücksburgischen Hause zu gewährende vertragsmäßige Abfindung, bestimmt in seinem einzigen Artikel, daß die durch Vertrag mit dem Glücksburgischen Hause vom 31. Januar dieses Jahres, unter Wegfall der bisher unter dem Namen des Plöner Aequivalents gewährten Rente von 36,000 ℳ, übernommene Abfindungsrente von jährlich 54,000 ℳ für die Zeit bis zum 31. März k. J. aus den bereitesten Mitteln des Staates zu zahlen, für die Folge aber in den Staatshaushalt aufzunehmen ist. — Durch den Vertrag verzichtet der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg für sich und seine Familie „auf alle Ansprüche — insbesondere wegen einer Abfindung in Gütern und liegenden Gründen —, welche dem Glücksburgischen Hause aus dessen Rechten auf die Succession in die ehemals herzoglich Plön'schen und die ehemals herzoglich glücksburgischen Lande gegenüber dem preußischen Staate zugestanden haben oder noch etwa zustehen möchten." Dem Gesetzentwurfe ist eine Denkschrift beigefügt, welche die Entstehung der Ansprüche darlegt.

Zuverlässigem Vernehmen des „Dtsch. Tagebl." zufolge hält man in den zuständigen Kreisen daran fest, daß der Probst und fürstbischöfliche Delegat Herr Herzog die meisten Aussichten darauf habe, mit der obersten Leitung der Breslauer Diöcese betraut zu werden. Unter allen Umständen aber, heißt es, würde er Berlin verlassen, um im Breslauer Domcapitel, dem er als Ehrendomherr bereits angehört, einen Sitz einzunehmen. Als seinen Nachfolger bezeichnet man Herrn Erzpriester Beier zu Potsdam. Auch die ultramontane „Schlesische Volkszeitung" meldet, der Papst habe Probst Herzog zum Fürstbischof von Breslau ausersehen.

In der jüngsten Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses wurden gelegentlich der General-Debatte über das Budget von deutsch-liberaler Seite überaus heftige Anklagen gegen die Regierung gerichtet. Dies gilt zumal von den Abgg. Steudel und Jacques, deren Anklagen und Ausführungen die Rechte in große Aufregung versetzten. Abg. Steudel schilderte das gegenwärtige Regierungssystem unter Anderm folgendermaßen: „So sehr hat uns noch keine Regierung das Votum gegen das Budget erleichtert wie die gegenwärtige. Die Vertreter des gegenwärtigen Systems, die uns gegenüberstehen, machen uns das Verweigern des Budgets sehr leicht. Die Regierung hat es mit ihrer Versöhnungs-Politik dahin gebracht, daß im Reiche der Krieg Aller gegen Alle ausgebrochen. Zu welchem Zwecke? Damit die Nationalen den Klerikalen den Weg ebnen. An Stelle des „Viribus unitis", das früher die Völker des Reiches zu gemeinsamen Zielen aufgefordert, ist das berüchtigte „divide et impera" getreten; darin besteht die jetzige Staatskunst. Wenn es so fortgeht, so werden wir bald zu Ende sein und es muß die Auflösung des Reiches eintreten. Ich besorge, wir ertragen das nicht länger. Die Segnungen des Systems lasten in so beglückender Weise auf den Völkern, daß Tausende es vorziehen, der heimatlichen Erde den Rücken zu kehren, um jenseits des Oceans in die neue Welt zu wandern mit frohem Blick in die Zukunft. Das statistische Amt kann dem Herrn Minister-Präsidenten darüber Auskunft geben, wie das jetzige System auf die Vermehrung der Bevölkerung in Amerika eingewirkt hat. Wenn nun angesichts der traurigen Verhältnisse, in welchen sich unser Gewerbestand befindet, angesichts des düsteren Zustandes der ackerbautreibenden Bevölkerung die Gefahr vorhanden, daß ein großer Theil der Staatsbürger Proletarier, wenn von einer Besserung des Staatshaushalts keine Rede ist, dann wird es mir Niemand verargen, wenn ich mich als ausgesprochener Gegner dieses Systems bezeichne. Weiß die Regierung Nichts von den zahllosen Executionen, welche uns bald dahin bringen, daß Oesterreich nur auf die oberen Zehntausend wird bauen können? Die Millionäre werden bald zu Bettlern geworden sein. Ist es einmal so weit gekommen, dann wird auch eine Million Soldaten das Reich nicht mehr aufrechterhalten können. Und was ist die Finanzpolitik unseres Finanzministers? Ob Bontoux oder Rothschild, ob die Jesuiten oder Semiten ihn unterstützen, das ist einerlei. Das Volk wird ewig geschoren. Und was erhalten die Völker für ihre Steuerleistung? Das Volk soll zur Dummheit, zur ewigen Nacht verurtheilt werden. Die freie Schule! das Petroleum! So sehen unsere Errungenschaften aus! Das Licht vertheuert, das Volk bedrückt und ausgesaugt! Für ein solches System keinen Heller! Einer solchen Regierung müssen wir entschiedenes Mißtrauen entgegen bringen, wenn wir uns nicht selbst zu Mitschuldigen machen wollen. Und zu dieser trostlosen Lage im Innern gesellt sich eine Expansivpolitik, die gern ins Ungemessene schreiten möchte. Man trägt die „Cultur nach Osten, man will Völker „befreien", während man doch im Innern des Reiches zuerst die Bevölkerung aus der Sclaverei befreien sollte. Möge man doch zunächst das alte Oesterreich erhalten und trachten, daß wir nicht über dem neuen Oesterreich das alte verlieren. Statt der Lombardei und Venetien haben wir jetzt ein slavisches Italien. Der Entscheidungskrieg mit Rußland wird die Folge unserer auswärtigen Politik sein. Ich habe nicht den Muth, eine solche Politik zu unterstützen und werde deshalb gegen das Budget stimmen". — Diesen Ausführungen folgt stürmischer Beifall. — Abg. Jacques rief sogar dem Hause zu: „Was sehen wir gegenwärtig in Oesterreich? Eine würdelose Feilbietung der öffentlichen Interessen". — Gegen diese Worte erhebt die Rechte großen Lärm und ruft: Pfui! Zur Ordnung! Der Präsident rügt jene Ausdrucksweise, indem er bemerkt, man dürfe einem Ministerium würdelose Feilbietung öffentlicher Interessen nicht vorwerfen. Abg. Jacques erwidert, er nehme den Ausdruck „würdelos" zurück und lasse es bei der „Feilbietung" bewenden. Darauf folgt erneuter Lärm und Rufe: Schande! Schluß! Das ist unanständig! Der Abg. Jacques kann nur unter großer Unruhe des Hauses seine Rede beenden. — Der Professor der Geschichte an der Prager Universität Konstantin Höfler, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, hat seine Entlassung eingereicht, nachdem er noch in der jüngsten Sitzung des Herrenhauses für die Erhaltung des ausschließlich deutschen Charakters der Prager Universität auf das Wärmste eingetreten. Professor Höfler hätte nach dem Universitätsstatut schon im vorigen Jahre, wo er das 70. Lebensjahr erreichte, in Ruhestand treten können. Man wollte aber eine solche Kraft nicht vermissen und bewog den greisen Gelehrten, auch fernerhin an der Universität, der er so lange Jahre angehört, seine Thätigkeit fortzusetzen. Die jüngsten Beschlüsse des Herrenhauses scheinen nun seinen längst gehegten Entschluß zur Reife gebracht zu haben.

Bezüglich der im österreichischen Reichsrathe dem Strafgesetz-Ausschusse zugewiesenen Anträge auf Einschränkung des objectiven Verfahrens in Preßsachen gab in der jüngsten Sitzung Minister Prazak folgende im Ministerrathe beschlossene Erklärung ab: „Die Regierung kann es nicht für opportun halten, gegenwärtig irgend welcher Motion sich anzuschließen, welche bezweckt, auf legislativem Wege den Einfluß der rechtsgelehrten Berufsrichter bei dem Verfahren in Preßsachen unter das bisherige Maß herabzudrücken und die Judicatur der Geschworenen über die bisherige Grenze zu erweitern." Abgeordneter Wolski stellte sodann folgende Anträge: „Indem der Ausschuß die Erklärung der Regierung zur Kenntniß nimmt, bemerkt er: 1) daß er ungeachtet derselben an der Ueberzeugung festhält, daß das objective Verfahren im Wege der Gesetzgebung einzuschränken sei. 2) Beauftragt er das Subcomité, unter Benutzung der vorliegenden Anträge, einen den Umständen entsprechenden Gesetzentwurf dem Ausschusse vorzulegen." Beide Anträge wurden angenommen und gleichzeitig auch beschlossen, den Antrag Friedmann dem Subcomité zuzuweisen, den Antragsteller jedoch nicht zu den Berathungen einzuladen.

In Wien gehen seit Mittwoch beunruhigende Gerüchte, die auf das Einlangen einer russischen Note sich beziehen, welche über die Maßnahmen der österreichischen Regierung in den occupirten Provinzen Beschwerde führe. Thatsache sei, daß Dienstag Abend ein Ministerrath unter dem Vorsitze des Kaisers gehalten wurde, dessen Gegenstand der in der Jüngstzeit mit dem russischen Cabinet stattgefundene Depeschenwechsel, sowie die Vorgänge auf dem südslavischen Insurrectionsschauplatze und in Ostgalizien gewesen seien. Jenes Gerücht tritt in Wien um so bestimmter auf, weil gleichzeitig aus Berlin die Nachricht eingegangen, daß auf dem dort am 11. d. stattgefundenen Ballfest der österreichisch-ungarischen Botschaft, wo der gesammte Hof und die Vertreter der fremden Staaten anwesend gewesen, Niemand von der russischen Botschaft erschienen war. — Dienstag ist auch der russische Gesandte am rumänischen Hofe, Fürst Urusow, von Bukarest in Wien eingetroffen. Er begab sich sofort in das Hotel der russischen Botschaft, wo er mit Herrn v. Dubril längere Zeit conferirte.

In Folge der Bewilligung der Prager czechischen Universität ist nun auch in Mähren die czechische Agitation wieder in Fluß gerathen. So veranstaltet der czechische Leseverein in Brünn anläßlich des Beschlusses bezüglich der Errichtung der czechischen Universität ein großartiges Festbankett, wozu die czechischen Reichsraths- und Landtags-Abgeordneten, die czechischen Vereine und die Bürgermeister der czechischen Städte Mährens eingeladen wurden.

In Pest bestrebt man sich täglich neue Vergewaltigungsmittel gegen alles was deutsch zu ersinnen. So beabsichtigt der Abgeordnete Szalay gelegentlich der Budgetberathung für das Finanzministerium den Antrag zu stellen, sämmtliche deutsche Firmentafeln in Ungarn mit einer Jahressteuer von 100 Gulden zu belasten. Im Club der Linken, wo dieser Antrag Szalay's selbstverständlich mit Eljengeschrei aufgenommen ward, äußerte noch der edle Abgeordnete: „Paßt auf, wie da alle „Schweben", welche alle Schmutzbeutel und als solche nichts zahlen wollen, plötzlich über Nacht zum magyarischen Gott schwören werden." — Dieser „Witz" macht jetzt die Runde durch die Pester Blätter und wird dessen Nutzanwendung gegen alle „Schweben" empfohlen.

In Lemberg geht seit einigen Tagen das Gerücht, daß nicht weniger als sechzehn kleinrussische (ruthenische) Landgemeinden Ostgaliziens ihren Anschluß an die russisch-orthodoxe Kirche erklärt hätten. Die Vorstellungen, die dagegen die betreffenden polnischen Bezirkshauptleute den Gemeinden gemacht, seien völlig wirkungslos geblieben, weshalb jene Anschlußerklärungen gegenwärtig der Statthalterei in Lemberg zur weiteren „Amtshandlung" vorliegen. Diese behandle aber die Angelegenheit überaus geheimnißvoll, um die Aufregung in Ostgalizien nicht noch mehr zu steigern. Diese Dinge und Vorgänge haben in den Wiener Regierungskreisen einen wenig angenehmen Eindruck geübt, weshalb man dort sich alle Mühe giebt, den normalen Stand der Dinge in Ostgalizien wieder herzustellen. Um dies zu ermöglichen, sind bereits in Wien der galizische Statthalter, Graf Potocki, der griechisch-katholische Erzbischof Sembratowicz, der Landmarschall Zyblikiewicz und der Lemberger Stadtpräsident Gnoinski zu Berathungen eingetroffen. Montag sind die genannten Herren vom Kaiser Franz Josef in Privataudienz empfangen worden.

Aus Wien wird officiell vom Mittwoch gemeldet: Eine Truppendivision führte von Mostar und Nevesinje in der Richtung auf das Plateau von Zimje eine Unternehmung aus und ordnete die Befestigung des Hans von Zimje und der Kulas von Bachtjevica, Prievorac an. Es bestätigt sich, daß Insurgentenansammlungen bei Zagorje, Ulok Berke, Susjenica und Planina stattgefunden haben und daß dieselben Raubanfälle in den nächsten Ortschaften ausführen. Der engere Bereich der Garnisonen und Hauptverbindungen ist durch die Truppen nunmehr gesichert. Die Insurgenten versuchten am 12. d. vergebens sich Greben und Lebenice zu nähern. Der Wald von Celjice gegen Knezlac zu ist in Brand gesteckt. Die Orte Greben und Lebenice werden befestigt. Bei Foca herrschte am 12. und 13. d. Ruhe, die Insurgentenschwärme in der Gegend von Trnowa weichen den streifenden Truppenabtheilungen aus. Bei Trnowa verloren die Insurgenten am 10. d. gegen 100 Todte und Verwundete. — Risano ist entwaffnet worden.

Wie man aus Sofia berichtet, hat Ende Januar Herr M. Popowitsch, ein Schwager des Ministers des Innern, nach Rußland sich begeben, um bei der Prägung bulgarischer Münzen gegenwärtig zu sein. Es sollen 2½ Millionen Rubel in bulgarisches Geld (Francs) umgeprägt werden; der Rubel wird zu vier Francs berechnet, dafür verlangt Rußland keinen Ersatz der Prägungskosten. — Der Redacteur des „Courrier d'Orient" hat für das erhaltene Geschenk von 25,000 Francs, welches ihm von Seiten der bulgarischen Regierung für die Vertheidigung der nationalen Sache übersendet worden, herzlich gedankt; doch fordert er in Zukunft die Erhöhung seines Monatsgehaltes auf 500 Francs. — Man muß gestehen, daß Bulgarien in publicistischer Beziehung nicht sehr billig bedient wird.

Das „Reuter'sche Bureau" meldet: Nachrichten aus Sofia zufolge sind die Herren Balabanow und Gankow, von denen ersterer die gemäßigte, letzterer die vorgeschrittene Partei repräsentirt, im Einverständniß darüber, daß die gegenwärtigen Zustände in Bulgarien nicht fortdauern können, und daß es nothwendig ist, zu einer verfassungsmäßigen Regierungsform zurückzukehren. Es verlautet ferner, daß die große Mehrheit des Volkes unzweifelhaft eine Revision der Verfassung begünstigt und daß Rußland geneigt sei, dem Fürsten Alexander den Rath zu geben, eine parlamentarische Controle wiederherzustellen. Es wird folglich eine neue politische Krisis als nicht unwahrscheinlich betrachtet.

Der rumänische Oberst und Arsenal-Director Dimitrescu Maicar schloß im Auftrage der rumänischen Regierung mit der Militairausrüstungs-Fabrik der Gebrüder Braur in Schönbrunn in Oberösterreich einen Lieferungsvertrag über eine große Zahl von allerlei Armee-Ausrüstungsgegenständen, die baldigst zu liefern sind.

Aus Konstantinopel, 10. Februar, erhält die „Polit. Corresp." folgende Mittheilung: „Für den Empfang der deutschen Mission unter Führung des Prinzen Radziwill werden im Palaste die großartigsten Vorbereitungen getroffen. Man möchte die Aufnahme der deutschen Mission in Konstantinopel womöglich noch glänzender gestalten als jene, welche die türkische Specialmission in Berlin gefunden hat. Man erwartet, daß die deutsche Mission am 17. d. die Dardanellen passiren werde. Die Mitglieder der türkischen Specialmission nach Berlin, Ali Nizamé Pascha und Reschid Bey, sowie die anderen Officiere des kaiserlichen Hauses werden der deutschen Mission auf einer kaiserlichen Yacht entgegenfahren. Die Mission wird, wie es heißt, in Top-Hané oder Dolma-Bagdschè landen, um sich dann in Palastwagen auf die deutsche Botschaft zu begeben, wo sie für die Dauer ihres hiesigen Aufenthaltes Absteigequartier nehmen wird".